

DURCHBLICK

für Seniorinnen und Senioren

Nr. 213

Oktober 2017

Zur demografische Entwicklung in Deutschland

Die Redaktion des DURCHBLICK hat sich vorgenommen, ab und zu in den Ausgaben Schwerpunkte zu aktuellen Themen zu Im Bereich der Bevölkerungsentwicklung gibt es Veränderungen, die in der Zukunft eine größere Rolle in unserer Gesellschaft spielen könnten. Außerdem stellt sich eine interessante Frage, über die mehr als bisher diskutiert werden sollte: Wie wirkt sich der demografische Wandel auf die Umwelt aus? Weniger Menschen, mehr Grün? Wir informieren verkürzt über zwei Veröffentlichungen dazu von Franka Kühn und Fritz Habekuß in den "Newsletters" BAGSOaktuell vom 15.8.17. (mehr auf Seite 5)

Kolumnen

Die beiden Kolumnen beschäftigen sich diesmal mit persönlichen Erfahrungen hinsichtlich der Mobilität im Öffentlichen Straßenverkehr. Die Schwierigkeiten beim Autofahren und auch beim Radfahren nehmen zu. (mehr auf Seite 2)

Qualifizierte Leichenschau in Bremen Wat nu?

Seit August 2017 gilt in Bremen die sogenannte Qualifizierte Leichenschau. Aber wie sieht es mit Qualifizierung aus, wenn das Unternehmen gleich zu Beginn erhebliche Probleme aufwirft? Ein neuer Stau hat sich aufgebaut, nämlich der Leichenstau in den Kühlboxen der Krankenhäuser und Bestattungsunternehmen. Es fehlt an logistischer und personeller Ausstattung. Die Seniorenvertretung sollte Ende Juli 2018 die zuständigen Institutionen mal fragen, ob sich der Aufwand einschließlich der zusätzlichen Belastung der Angehörigen gelohnt hat. (mehr auf Seite 7)

Führerscheinabgabe gegen Freifahrt-Ticket

In Bremerhaven läuft seit längerer Zeit ein Projekt der Verkehrsbetriebe, Seniorinnen und Senioren zur Abgabe ihres Führerscheins zu bewegen. Es stellt sich die Frage, ob dieses Verfahren nicht auch in der Stadt



(**Foto:** D.Feller)

Mäßigkeit des sinnlichen Genusses ist ohne Zweifel eine kräftigere Methode zur Philosopie der Humanität als tausend gelernte künstliche Aktionen.

(Johann Gottfried Herder, 1744-1803)

Bremen eingerichtet werden sollte. Die Seniorenvertretung hat sich dafür bei den Koalitionsparteien stark gemacht und hält eine solche Aktion für eine sehr sinnvolle Maßnahme. (mehr auf Seite 7)

Novellierung des Beirätegesetzes

Seit längerer Zeit fordert die Bremer SV, im Beirätegesetz als Vertretung der älteren Menschen in Bremen berücksichtigt zu werden. Jetzt steht eine Novellierung an, und die Bremer SV hat neue Gespräche aufgenommen, um ihre Forderung ins Ziel zu bringen. (mehr auf Seite 8)

Inhalt	
Gespräch mit der Sozialsenatorin	S.2
Kolumnen	S.2
Sozialdeputation empfiehlt Ablehnung	S.4
Demografische Entwicklung	S.5
Demografischer Wandel und Umwelt	S.6
Zur qualifizierten Leichenschau in Bremen	S.7
Führerscheinabgabe gegen Ticket	S.7
Novellierung des Beiratsgesetzes	S.8
Türkçe informasyonlar	S.9

Aktuelle Gesprächsrunde bei Senatorin Stahmann

Die Seniorenvertretung Bremen war am 13. Juli 2017 bei der Sozialsenatorin im 15. Stock des Tivolihochhauses zu Gast, um einige offene Fragen zu klären. An der Seite von Senatorin Anja Stahmann vertraten Sabine Nowack und Michael Siemer das Referat Ältere Menschen. Für die Seniorenvertretung sprachen Dr. Andreas Weichelt, Karin Fricke, Dirk Schmidtmann und Dr. Dirk Mittermeier.



Als Inhaltlicher Schwerpunkt des Treffens galt die Aufarbeitung der Empfehlungen aus dem 7. Altenbericht der Bundesregierung: Dazu hatte bereits das Referat Ältere Menschen Gesprächsbereitschaft signalisiert. Diskutiert wurde eine geplante Neugestaltung des Bremer Altenplans.

Außerdem wurden folgende Punkte angesprochen:

 Die Seniorenvertretung Bremen möchte als Interessenvertretung der Senioren/

Seniorinnen im neuen Beirätegesetz berücksichtigt werden und als "Träger öffentlicher Belange" Anerkennung finden.

- Die Seniorenvertretung fand ein offenes Ohr in ihrem Bestreben, nicht nur in der Deputation Soziales, sondern auch in weiteren Deputationen Rederecht zu erhalten, z.B.in den Deputationen Gesundheit und Verbraucherschutz, Inneres und Umwelt, Bau, Verkehr). Senatorin Stahmann stellte fest: "Eine Beteiligung und Mitsprache der Seniorenvertretung in weiteren Deputationen würde unsere Unterstützung finden".
- Weitere Themen waren eine Aufstockung des Jahresbudgets der Seniorenvertretung, allgemeine Investitionskosten betreffend, sowie eine weitere Personalüberlassung für die Bearbeitung der stetig aufwendiger werdenden Themenpalette, die die Seniorenvertretung in Wahrnehmung ihrer Interessenvertretung abzuarbeiten hat.
- Dr. Mittermeier stellte die bereits umgesetzten und für den Jahreswechsel geplanten Neuerungen in der Öffentlichkeitsarbeit der Seniorenvertretung Bremen vor.
- Darüber hinaus wurden konkrete Problempunkte bei der Umsetzung des Personalgesetzes (PSG) angesprochen.
 Dr. Dirk Mittermeier

Kolumnen

Wir fahr'n, fahr'n auf der Autobahn...



Feller

Das war 1974 der Titelsong aus dem Studioalbum der Band *Kraftwerk* aus meiner Heimatstadt Düsseldorf, der damals ein Erfolg wurde. Es werden Eindrücke besungen von Autobahnfahrten, die beim Zuhörer den Wunsch aufkommen lassen, sie nachzuerleben. Purer Fahrspaß! Nun, dann man los!

Im Juli 2017 fuhren meine Frau und ich wieder einmal im PKW nach München. Warum wir nicht mit dem Zug gefahren sind? Weil meine Frau schwer gehbehindert und die Bahn eben noch nicht durchgehend und überall barrierefrei ist, und weil wir mit dem PKW flexibler sind und mehr von der Landschaft genießen können.

Freudig gestimmt ging es trotz vorangegangener Dauerregentage im Sonnenschein los. Es sollte sogar heiß werden, allerdings nicht nur

wettermäßig. Auf der A 27 Richtung Walsrode schien erst einmal alles normal, hier und da mussten LKWs überholt werden, aber der Verkehr rollte zügig trotz der Ferienzeit. Auf der A 7 änderte sich dann die Lage. Zunehmend mussten wir die linke oder bei Dreispurigkeit die mittlere Fahrbahn nutzen, weil die rechte vom LKW-Verkehr vereinnahmt wurde. Sehr häufig begleiteten uns kilometerlange geschlossene LKW-Mauern. Auf der Gegenfahrbahn war es noch schlimmer. Da gab es lange Staus, und wir frohlockten schon, wenigstens zügig, wenn auch langsam voranzukommen. Die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug nur 80km/h. Doch hinter Fulda fing dann auch für uns der Schlamassel an und dauerte bis zum Kreuz Biebelried

bei Würzburg. Fahr n, fahr n wurde von stop, go, stop, go abgelöst. Die LKW-Schlangen wurden noch länger als vorher. Uns konnte es egal sein, wir waren nicht beruflich unterwegs und hatten sowohl Verpflegung im Auto als auch durch einen Zwischenaufenthalt unser Bett für die Nacht gesichert. Die anderen Verkehrsteilnehmer konnten einem Leid tun.

Auf der Rückfahrt ging die Reise über Lindau, Freiburg, Ruhrgebiet und A 1. Wir ließen uns 3 Tage Zeit, aber die hohe Verkehrsdichte blieb. Höhepunkt war die Bundesstraße 31 entlang des Bodensees. Die Anwohner der Ortsdurchfahrten müssen ziemlich genervt sein.

Das Autobahnerlebnis der Band *Kraftwerk* 1974 ist wohl Vergangenheit. Heute lässt die Autobahn kaum noch Freude am Fahren und Genuss der Landschaftsbilder zu. Nicht nur Engpässe durch Baustellen, sondern auch waghalsige Fahrweisen, Drängeln einiger Zeitgenossen, Überholen auf der rechten Seite, und was es da noch so an Ordnungswidrigkeiten gibt, verursachen schwere Unfälle, häufig auch durch LKWs, und zwingen trotz defensiven Fahrens zu großer Konzentration. Die vielen Schallwände entlang der Strecke fallen gar nicht ins Gewicht, denn am Schluss konnte man sagen, man sei 2.100 km durch Deutschland gefahren und habe meistens einen LKW als Begleiter neben, vor oder hinter sich gehabt.

Unsere Wirtschaft boomt. Viele Jahre ist nicht nur die Sanierung der BAB zu kurz gekommen, sondern auch der Ausbau des Gütertransports mit Bahn und Schiff wurde trotz der sich abzeichnenden Folgen vernachlässigt. Wie ich meine, haben die Verkehrsminister der letzten Legislaturperioden zu offene Ohren für die Interessen der KFZ- und Speditions-Lobbyisten gehabt. Wie lange wird es dauern, bis der Verkehr auf den Autobahnen mehr steht als geht? Diese Fahrt hat mich überzeugt, dass Verkehrsminister, zuletzt Minister Dobrindt, viel Glück haben, wenn sie in den Umfragen zur Beliebtheit von Politikern wenigstens noch an letzter Stelle genannt werden.

Helm auf und durch



Dirk Mittermeier

Eine große Vielfalt der zweirädrigen muskelbetriebenen Fortbewegung in Bremen kann täglich auf unseren Straßen besichtigt werden. Neben den

normalen Fahrrädern – mit unterschiedlichsten Farben und von unterschiedlichsten Firmen, blumengirlandengeschmückt, mit Korb vorne/hinten und Satteltasche(n) oder ohne – sind die anderen durch die Körperhaltung der Fahrer/innen am Lenker nach verschiedenen Kategorien zu klassifizieren:



Erste Gruppe: Die Fahrerin/der Fahrer mit Zeit unter

dem Motto "Gesund ankommen ist das Wichtigste", aufrecht sitzend, zum Teil mit einem Fahrrad unterwegs, das vielleicht schon Eltern oder Großeltern besessen haben, mit dem großen Vorteil, dass die Diebstahlgefahr bei diesen Vehikeln eher gering einzustufen ist. Hätten sie Kennzeichen, stünde ein "H" am Ende.

Zweite Gruppe: Die/der sportlich ambitionierte Fahrerin/Fahrer auf einem Zweirad mit Gangschaltung (wahlweise Kettenschaltung oder Nabenschaltung) und mit sportlich leicht zum Lenker geneigtem Oberkörper und unterwegs mit einer gegenüber der ersten Gruppe deutlich höheren Durchschnittsgeschwindigkeit.

Dritte Gruppe: Die/der Rennfahrerin/Rennfahrer mit dem klassischen Rennrad in seinen diversen Ausprägungen, nur von Experten ist die Preisgruppe des Gefährts auf den ersten Blick erkennbar. Die Fahrerin/der Fahrer ist in bunter Funktionswäsche und tief über den geschwungenen Lenker gebeugt (Luftwiderstand geringer!) und meist nicht auf den für den Fahrradverkehr in unserer Stadt vorgesehenen Radwegen, sondern direkt auf der Straße unterwegs.

Eine vierte Gruppe von Fortbewegung auf dem Zweirad wird zusehends größer: "E-Bikes"/"Pedelics" sind der große Verkaufsrenner. Diese werden zunehmend auch von Seniorinnen und Senioren genutzt und sind besonders häufig im verkehrberuhigten Bereich anzutreffen. Die leistungsfähigen Batterien werden fast unsichtbar versteckt, die Fahrerin/der Fahrer sitzen trotz einem ggf. unerwarteten Tempo aufrecht und blicken reichlich unangestrengt in die Gegend.

Bei ausreichend vorhandener Muskelkraft vertraut der Durchschnittsstrampler überwie-

gend auf das Fahrrad mit Gangschaltung. Um die Reichweite für Touren in Bremens Umland zu erweitern, habe ich seinerzeit für meine Frau ein E-Bike der ersten Generation angeschafft. E-Bike mit 3 Gängen zusammen mit meinem 14-Gang-Rad ist nach meiner Erfahrung keine gute Entscheidung. Dabei gab es hauptsächlich zwei Situationen, die mir zusetzten:

- 1. Im Angesicht einer Bergstrecke: Ehefrau: "Wir treffen uns oben!"
- 2. Auf dem Berg, als ich, etwas nach Atem ringend, ankam: "Können wir endlich weiterfahren!"

Aber auch unterstützendes Miteinander ging. Bei einer großen Fahrradtour in Bayern und bei extremem Gegenwind: Meine Frau vorneweg, aufrecht auf dem Rad und mit höchster elekromotorischer Unterstützungsstufe, ich an ihrem Hinterrad über den Lenker gebeugt im Windschatten. (Es gibt gottlob keine Fotos davon!)

Dann hat es mir gereicht: Auch ich besitze jetzt ein E-Bike. Der sehr freundliche Verkäufer (Altersgenosse) konnte mich sogar mühevoll davon überzeugen, dass es auch für mich (in meinem Alter und mit einem Blick auf meine nahe Zukunft) ein Rad mit tiefem Einstieg sein sollte. Danke, Herr Hesse, das schöne Rad wird mich noch hoffentlich lange begleiten!

Dr. Dirk Mittermeier

Sozialdeputation empfiehlt Ablehnung der Ständigen Konferenz der Bewohnerbeiräte

Aufgrund von zunehmenden Klagen aus dem Kreis der ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen in Bewohnerbeiräten der Bremer Altenwohn- und Pflegeheime hatte die Bremer
Seniorenvertretung Anfang letzten Jahres eine Arbeitsgemeinschaft "Pflege und Wohnen im
Alter" (AG PWA) eingerichtet, die sich mit dem Thema "Stärkung der Bewohnerbeiräte und
-fürsprecher" auseinandersetzen und Lösungswege finden sollte. Am 2.Mai 2016 fand die erste
Sitzung statt. Daraus entwickelte sich ein Papier mit diesbezüglichen Vorschlägen und deren
Begründung (vgl. DURCHBLICK 198, Juli 2016, S.4). Im Wesentlichen ging es um die Einrichtung
einer Ständigen Konferenz der Bewohnerbeiräte und -fürsprecher.

Die Vorschläge der AG fanden die Zustimmung des Vorstands der Bremer SV. Es folgte am 4.5.16 ein informatives Schreiben an die Sozialsenatorin, und außerdem fanden im Herbst 2016 etliche Gespräche mit zuständigen Organen der Bürgerschaftsparteien statt. Die Sozialbehörde hüllte sich erst einmal in Schweigen, die Parteien begrüßten die Vorschläge und sagten zu, darüber zu verhandeln. Öffentlich aktiv wurde die CDU-Fraktion, indem sie am 25.10.16 der Bürgerschaft einen Antrag vorlegte, den Senat zu bitten, im Rahmen der Neufassung des Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetzes die Beiräte und Fürsprecher durch die Einrichtung einer ständigen Konferenz zu stärken. Die Bürgerschaft beriet im Dezember 2016 darüber und beschloss, den Antrag an die Sozialdeputation zur Beratung weiterzuleiten.

Am 1.Juni 2017 wurde in der Sozialdeputation über diesen Antrag verhandelt. Wenn auch die Sozialbehörde einige Punkte aus der Vorschlagsliste der Bremer SV in die Nachfolgeregelung des Bremer Wohn- und Betreuungsgesetzes eingearbeitet hat, empfahl sie der Sozialdeputation, den CDU-Antrag und insbesondere die Forderung der Bremer SV nach einer Ständigen Konferenz der Bewohnerbeiräte abzulehnen. Die Deputation folgte der Empfehlung. Man befürchtet u.a., durch eine solche Konferenz einen größeren Ressourcenaufwand und sieht auch heimrechtliche Probleme. Über ihre Argumente gegen die Vorschläge hätte die Sozialbehörde schon mal vor der Deputationssitzung mit der Bremer SV verhandeln können. Das geschah nicht, obgleich man ein halbes Jahr Zeit gehabt hätte. Die Vermutung liegt nahe, dass es für die Ablehnung neben sachlichen Gründen auch parteipolitische gibt.

Die Arbeit der AG PWA war bereits mit der Eingabe der Vorschläge beim Vorstand der Bremer SV beendet, denn dieser muss danach die Berücksichtigung der Interessen der Bremer Seniorinnen/Senioren in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit weiter verfolgen. Mit der Ablehnung durch die Sozialdeputation wird die o.a. Forderung allerdings noch nicht aufgegeben. Auf ihrer abschließenden Sitzung am 15.8.17 empfahl die AG PWA dem Vorstand, mit Vertreterinnen/Vertretern der Betroffenen, nämlich mit den Bewohnerbeiräten, weitere Gespräche über die Vorschläge der Bremer SV zu führen und Wege zu ihrer Umsetzung zu suchen. Außerdem hat der Vorsitzende der Bremer SV, Dr. Andreas Weichelt, in einem Schreiben (17.8.17) an die Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft zum Ausdruck gebracht, dass die Seniorenvertretung die Ablehnungsempfehlung als nicht akzeptabel empfindet, und

er hat gebeten, die Position der Bremer SV bei der kommenden Abstimmung zu berücksichtigen und einen politischen Kompromiss anzustreben.

Da eine Nachfolgeregelung zur Heimmitwirkungsverordnung noch aussteht und erst nach Erstellung der Nachfolgeregelung zur Heimmindestbauverordnung in Angriff genommen werden soll, hat der Vorstand auch für neue Aktivitäten in dieser Angelegenheit Zeit und Chancen gewonnen.

Gerd Feller

Zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

Drei Faktoren beeinflussen die Bevölkerungsstruktur: Geburtenrate, Sterberate und Migration.

1. Die Geburtenrate wird dadurch beeinflusst, wie viele Frauen in einem entsprechenden Alter Kinder bekommen und wie viele Kinder sie zur Welt bringen. Diese Zahl ist in Deutschland auch im europäischen Vergleich relativ niedrig. Sie lag jahrzehntelang bei knapp unter 1,4 Kindern pro Frau und stieg erst nach 2010 wieder leicht an - bis auf einen Wert von zuletzt 1,5 je Frau. Das ist eine positive Entwicklung, die wohl auch mit der verstärkten Zuwanderung nach Deutschland zusammenhängt. In Folge der Wanderungsbewegungen wird die Gesellschaft vielfältiger.



Trotzdem werden in Deutschland heute weniger Kinder als früher geboren. Die Lebenserwartung steigt, so dass sich das Durchschnittsalter der Bevölkerung weiter erhöht. Die Bundesregierung geht in einer jüngst publizierten Bilanz zum Ende der 18.Legislaturperiode davon aus, dass sich die Bevölkerungszahl Deutschlands bei weiterhin hoher Zuwanderung und steigender Geburtenrate auf dem gegenwärtigen Niveau stabilisieren könnte. Laut Statistik müsste allerdings die durchschnittliche Kinderzahl bei 2,1 liegen, damit eine Bevölkerung konstant bleibt.

2. Die Sterberate bezeichnet die Anzahl der Todesfälle bezogen auf die Gesamtanzahl der Individuen oder, bei der spezifischen Sterberate, bezogen auf die Anzahl in der betreffenden Population, meist in einem bestimmten Zeitraum. Für den wachsenden Anteil älterer Menschen innerhalb der Bevölkerung ist die Geburtenrate verantwortlich. Die Sterberate wird durch den Lebensstandard, die gesundheitliche Versorgung, hohe Arbeitsbelastungen, große Naturkatastrophen und Kriege beeinflusst. In Deutschland steigen die Lebenserwartung und der Altersdurchschnitt kontinuierlich an. Die Menschen leben länger und sterben erst, statistisch betrachtet, in einem hohen Alter.

Ende des 19.Jahrhunderts betrug die Lebenserwartung von Neugeborenen noch unter 40 Jahre, Mitte des 20. Jahrhunderts schon über 60 Jahre. Derzeit werden Frauen im Durchschnitt bereits 83 Jahre und Männer 78 Jahre alt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts trug vor allem eine sinkende Säuglings- und Kindersterblichkeit zur Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung bei. Mittlerweile ist diese Entwicklung vor allem auf eine sinkende Sterblichkeit zurückzuführen. Heute hat eine 65-jährige Frau im Durchschnitt noch eine weitere Lebenserwartung von 20 Jahren, und ein in Deutschland geborenes Baby wird mit 50prozentiger Wahrscheinlichkeit 100 Jahre alt werden. Betrug der Anteil der über 60jährigen zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch 8% der Gesamtbevölkerung, wird er im Jahr 2050 voraussichtlich bei etwa 33% liegen.

Das Statistische Bundesamts prognostiziert, dass die Bevölkerung Deutschlands bei einem gleichbleibenden Geburtenniveau von heute knapp 82 Mio. auf 67 bis 73 Mio. Menschen im Jahr 2060 zurückgehen wird. Nur bei einer dauerhaft höheren Zuwanderung von 300.000 Menschen kombiniert mit einer Geburtenrate von 1,6 und bei einer nochmal steigenden Lebenserwartung würde die Einwohnerzahl auf heutigem Stand stabil bleiben.

3. Räumliche Bevölkerungsveränderungen durch Zu- und Abwanderung (Migration) haben einen wichtigen Anteil daran, ob eine Bevölkerung schrumpft oder wächst, wie alt die Menschen sind und wie viele Kinder geboren werden. In Deutschland lebten 2015 mehr als 17 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund. Sie sind in der Regel jünger als die Gesamtbevölkerung, können aber die Alterung selbst bei kontinuierlicher Zuwanderung nicht

umkehren.

Im Jahr 2015 zogen rund 2,1 Millionen ausländische Menschen nach Deutschland. Knapp 1 Million ausländische Personen kehrten dem Land den Rücken. Der entsprechende Wanderungssaldo von 1,1 Millionen ist der höchste in der Geschichte der Bundesrepublik. Ein großer Anteil davon entfiel auf Schutzsuchende: So stammen rund 0,3 Millionen der 2015 nach Deutschland gekommenen Menschen aus dem Bürgerkriegsland Syrien. Gleichzeitig setzte sich der Trend einer ansteigenden Zuwanderung aus EU-Staaten fort, der bereits in Folge der Wirtschafts- und Währungskrise seit 2010 zu positiven Wanderungssalden nach Deutschland beigetragen hatte. Vor dieser Trendwende war die Rate von Zuzügen aus dem Ausland nach 1992 noch kontinuierlich gesunken.

Eine wichtige Aufgabe ist die Integration der zugewanderten Menschen, ihrer Familien und Kinder. Dazu hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren Ideen und Projekte entwickelt und mit deren Umsetzung begonnen, insbesondere bei der Bildungsförderung, bei der doppelten Staatsbürgerschaft und bei Maßnahmen für einen Zugang zum Arbeitsmarkt. Die große Zahl von schutzsuchenden Zuwanderern stellt insbesondere die Kommunen vor große Herausforderungen. Sie sind verantwortlich für ihre Unterbringung, Versorgung und Integration. Unterstützt werden sie durch das zivilgesellschaftliche Engagement von zehntausenden ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern.

Wahrscheinlich wird die Gesellschaft durch mehr Zuwanderung noch vielfältiger, und die demografische Entwicklung wird regional sehr unterschiedlich verlaufen. In ländlichen und wirtschaftlich schwachen Regionen wird die Bevölkerungszahl sinken, in großen Städten, z.B. in Berlin, München, Stuttgart, Frankfurt am Main oder Hamburg, wird sie wohl ansteigen.

(Der ungekürzte Text ist zu finden unter: by-nc-nd/3.0/Autor: Franka Kühn für bpb.de)

Weniger Menschen = mehr Grün?



(Foto: G.Feller)

Der Wandel der Bevölkerungsstruktur wird sich nicht nur auf dem Land, sondern auch in den Städten auswirken und den Umweltschutz in Deutschland nachhaltig verändern. Allerdings weiß man darüber noch nicht sehr viel.

Wenn, wie erwartet, mehr Menschen in den Städten leben, dürfte deren Besiedlungsdichte wachsen. Zwei prägende Trends der Verstädterung sind die Ausbildung von suburbanen Gebieten und eine zunehmende Dekonzentration. Deshalb ist nicht zu erwarten, dass mit sinkenden Einwohnerzahlen ein geringerer Flächenverbrauch verbunden ist.

Zu einer hohen Lebensqualität gehören Grünflächen wie Parks, Spiel- und Sportplätze oder botanische Gärten. Wächst die Einwohnerzahl, steigt auch der Bedarf an Erholungsflächen und an konstanter Sensibilität gegenüber Natur und Umwelt. Es lassen sich zwar Freiflächen in weniger besiedelten Stadtteilen durch sinnvollen Rückbau von Industrie- und Wohnungsbrachen

schaffen, aber trotzdem werden sich die Städte über ihre bisherigen Grenzen hinaus ausbreiten. Dabei müssen allerdings Umwelt und Naturschutz verantwortlich einbezogen werden.

Auf dem Land sind vielleicht die Chancen für den Naturschutz größer. Die Abnahme der Bevölkerungszahl bis 2050 auf ca. 72 Mio. Menschen wird sich vor allem in den ländlichen strukturschwachen Regionen bemerkbar machen. Nicht mehr genutzte Industrie- und Wohnanlagen könnten für die Natur zurückerobert werden. Dabei sind Landnutzungskonflikte zu erwarten, vor allem in der Landwirtschaft.

In Deutschland genießen Naturschutzgebiete den höchsten Schutz. Von ihnen gibt es mehr als 8.500 mit einer Gesamtfläche von 960.000 Hektar. Das größte Naturschutzgebiet ist das nordfriesische Wattenmeer (136.000 ha). Gebiete mit weniger strengem Schutz sind in Nationalparks, mehr als 8.100 Landschaftsschutzgebiete, die Biosphärenreservate und mehr als 100 Naturparks. Sie sind zur Erhaltung unseres Lebensraums und zum Artenschutz von großer Bedeutung. Bei sinkenden Bevölkerungszahlen werden Bund, Länder und Kommunen über geringere Steuereinnahmen verfügen und für den

Naturschutz werden auch weniger ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen als bisher zu finden sein. Pflege und Erweiterung des Naturschutzes könnten zu einem Problem werden. Da wird es z.B. darauf ankommen, den Umweltschutz mit den Interessen des Tourismus, der Land- und der Energiewirtschaft abzustimmen.

Das Trink- und Abwassersystem ist in Deutschland sicher und gut ausgebaut. Für eine abnehmende Bevölkerungszahl sind die bestehenden Systeme allerdings nicht ausgelegt. Sinkt durch den Rückgang von Einwohnerzahl und -dichte die Auslastung, kommt es vor allem in ländlichen Regionen zu Problemen: Ablagerungen in den Rohren, Wasserstillstand in der Leitung, Geruchsentwicklung, regelmäßige Spülung des Netzes mit frischem Trinkwasser. Wird die Altersgruppe 60plus größer, steigt auch der Medikamenteneintrag ins Grundwasser. Schon jetzt befassen sich Forschungsprojekte mit den möglichen Folgen, weil der Pro-Kopf-Verbrauch bereits insgesamt zurückgeht (2012: 121 Liter/Tag). Im Vorteil sind Regionen, in denen das Wassernetz dezentral aufgebaut ist, wo also eine große Anzahl von kleinen Wasserwerken das Trinkwasser liefert. Die Wasserversorger werden bestehende Kapazitäten verkleinern, ihre Anlagen rationalisieren und Preise anheben müssen, um die Versorgung zu sichern.

Die Umwelt profitiert vom sinkenden Wasserverbrauch. Anstieg des Grundwasserspiegels dient der Entstehung von Feuchtbiotopen und Mooren als Rückzugs- und Lebensräume für Tiere und Pflanzen und als Kohlenstoffdioxid-Speicher. Grundwasseranstieg könnte in Wäldern und an älteren Gebäuden allerdings auch Schäden anrichten. Als positiver Effekt des demografischen Wandels mit abnehmender Siedlungsdichte wird die Rückkehr von in Deutschland ausgestorbenen Wildtieren gesehen.

Miteinander wohnen wäre auch von Vorteil für Umwelt und Gesellschaft. Je weniger Menschen in einem Haushalt wohnen, umso höher sind die Energie-, Heiz- und Wasserkosten. Das gilt besonders für Haushalte in ländlichen Regionen. Für die Umwelt wäre es also besser, wenn sich mehr Menschen Wohnraum teilten. Dazu gibt es bereits viele interessante Ansätze, die u.a. auch zeigen, dass es durchaus möglich ist, den demografischen Wandel so zu gestalten, dass nicht nur Natur, sondern auch Menschen, Gemeinden und die Gesellschaft profitieren können. (Der ungekürzte Text ist zu finden unter: by-nc-nd/3.0/Autor: Fritz Habekuß für bpb.de)

Qualifizierte Leichenschau in BremenVorreiter? Bitte nicht nachmachen!

Als erstes Bundesland hat Bremen die qualifizierte Leichenschau zum 1. August 2017 eingeführt. Zustimmung gab es zu dem ursprünglichen Konzept, aber zu der letztlich beschlossenen Umsetzung gab es massive Kritik aus der Rechtsmedizin, aus den Reihen der Polizei und auch von der Seniorenvertretung. Jetzt muss festgestellt werden: Die Umsetzung erfolgte offensichtlich auch ohne Vorbereitung der betroffenen Stellen für die anstehenden Aufgaben.

Begriffe wie "Wartezeit" und "Stau" sind uns Bremern im Kontext von Behördenkontakten und Verkehrsmeldungen sehr vertraut. Im Zusammenhang mit Trauernden aber sind diese Begriffe unerträglich! Anlaufschwierigkeiten mögen verständlich sein, hier geht es jedoch um trauernde Angehörige, die über vier Wochen nicht wissen, was sie erwartet und wie und wann es weitergeht.

Ebenso unerträglich ist die Erhöhung der Gebühren, die mit diesem gesetzgeberischen "Schnellschuss" einhergehen. Es entstehen zusätzliche Wartezeiten bis zur Freigabe der Toten, welche zusätzlichen Kosten fallen hier noch an? Die Vorbereitungen des Abschieds von einem Verstorbenen werden ins terminlich Unplanbare verzögert. Das ist nicht zumutbar.

Die Seniorenvertretung fordert die Aussetzung des Verfahrens bis zu einer vollständigen Klärung der Abläufe. Wir halten weiterhin unsere Forderung aufrecht, die Hinterbliebenen nicht mit zusätzlichen Kosten zu belasten.

Elke Scharff/Dr.Dirk Mittermeier Anmerkung der Redaktion: Diese Stellungnahme ist am 31.08.2017 auch als PM herausgegeben worden.

Führerscheinabgabe gegen Freifahrt-Ticket

Die Seniorenvertretung Bremen setzt sich seit geraumer Zeit dafür ein, dass der Umstieg älterer Menschen vom Individualverkehr durch Rückgabe des Führerscheins auf die vielfältigen Mobilitätsangebote der BSAG in Bremen durch ein "Freifahrt-Ticket" attraktiv gemacht werden sollte. Die Koalition in der Bürgerschaft will dieses nach einem Redaktion des DURCHBLICK vorliegenden Antrag jetzt umsetzen. Der Antrag unter der Überschrift "ÖPNV statt Führerschein ein attraktives Angebot für Seniorinnen und Senioren schaffen" ist eingebracht und wird September/Oktober auf der Tagesordnung stehen. Nach dem Vorbild von Bremerhaven sollen ältere Verkehrsteilnehmer, die auf ihre Fahrerlaubnis verzichten, für einen begrenzten Zeitraum freie Fahrt im ÖPNV bekommen.

Bremerhaven besteht Angebot seit ca. 10 Jahren, es haben dort in dieser Zeit ca. 2.000 ältere Autofahrerinnen und Autofahrer davon Gebrauch gemacht. Wie sich die Übertragung auf Bremen quantitativ auswirkt, darüber kann nur spekuliert werden. Inwieweit sind Rückgeber bereits jetzt Dauerkunden bei der BSAG, inwieweit sind es echte Aussteiger aus dem Individualverkehr, inwieweit gewinnt die BSAG bei einem Rückgeber nach der Freifahrtphase wie viele neue Dauerkunden? Auch über die Attraktivität einer Begrenzung der Freifahrtphase auf ein halbes Jahr kann diskutiert werden. Es gibt in Deutschland Beispiele mit deutlich längeren, aber auch kürzeren kostenfreien Zeiträumen.

Auf jeden Fall stellt diese Regelung eine sinnvolle und begrüßenswerte Maßnahme dar. Einer kürzlich von finanziell interessierten Stellen in die Diskussion gebrachten generellen Überprüfung der Fahrtüchtigkeit von älteren Menschen ab einem bestimmten Alter, die von der Seniorenvertretung Bremen grundsätzlich abgelehnt wird, kann damit ein positivalternatives Mobilitäts-Signal für Seniorinnen und Senioren entgegen gesetzt werden.

Dr. Dirk Mittermeier

Novellierung des Beirätegesetzes



Ernst Benthien

Am 5. September 2017 wurde die Seniorenvertretung von der Senatskanzlei zu einer öffentlichen, gemeinsamen Konferenz mit dem Bürgerschaftsausschuß für Bürgerbeteiligung und mit den Beiratssprechern ins Haus der Bürgerschaft ein-

geladen. Hauptthema dieser Konferenz war die Überarbeitung des Ortsgesetzes über die Beiräte und Ortsämter. Schon lange bemüht sich die Bremer SV als Interessenvertretung 30% der Bremer/innen von Überarbeitung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter einbezogen zu werden. An der Sitzung nahmen der Vorsitzende der Bremer SV, Dr. Andreas Weichelt, und Ernst Benthien teil. Herr Dr. Weichelt nahm die Gelegenheit wahr, die Vorstellungen der Seniorenvertretung zu einer Beteiligung vorzutragen. Er verwies noch einmal darauf, dass In der Präambel zum Statut der Bremer SV vom 9.11.2003 vom Senat die Aufgaben für die Vertretung der älteren Menschen (60plus) benannt Um werden. sie zu erfüllen. unabdinglich, der Bremer SV die gleichen Antragsrechte zuzubilligen, wie sie z.B. dem Jugendbeirat im überarbeiteten Gesetz zugestanden werden. Er forderte, die Bremer SV im neuen Gesetz in §6 Bürger- und Jugendbeteiligung hinter Absatz 4 aufzuführen. Die Vertreter der Senatskanzlei versprachen, im weiteren Verlauf des Verfahrens diese Forderung aufzunehmen.

Nach unserer Einschätzung der Stimmung in der Versammlung glauben wir, unserem Ziel, in den Beiräten beteiligt zu werden, ein Stück näher gekommen zu sein. Letzte Gespäche sollen bis Ende des Jahres geführt werden. Die Verabschiedung des überarbeiteten Ortsgesetzes soll Anfang 2018 durch die Bürgerschaft erfolgen. Wir werden weiter unsere Forderung publik machen, um die endgültige Nennung im Gesetz zu bekommen.

Impressum

Landesseniorenvertretung Bremen Tivoli-Hochhaus, 4.Etage, Z.14, Bahnhofsplatz 29, 28195 Bremen, Tel.: (0421) 3 61 67 69

Seniorenvertretung@soziales.bremen.de www. Seniorenlotse.bremen.de/ seniorenvertretung

Der **DURCHBLICK** ist das Mitteilungsblatt der Seniorenvertretungen im Lande Bremen **Redaktionsteam**, Tel: (0421) 3 61 67 69 **E-Mail**:gerd.h.feller@nord-com.net

Der **DURCHBLICK** erscheint monatlich auch im Internet unter:

www.seniorenlotse.bremen.de/ seniorenvertretung/Durchblick

Redaktionsschluss: Jeweils der 1. des Monats, der dem nächsten Erscheinungstermin vorausgeht.

Ausgabe 213



Güncel konular üzerinde Senatör Stahmann ile görüşme

Bremen Yaşlılar Temsilciliği bazı sorulara açıklık getirilmesi için, 13.Temmuz 2017 tarihinde Tivoli binası, 15. katında Sosyal Senatör'ün misafiri oldu. "Yaşlılar" Bölümü temsilcileri Sabine Nowack ve Michael Siemer Senatör Anja Stahmann yanında söz aldılar. Yaşlılar



Temsilciliği adına Dr. Andreas Weichelt, Karin Fricke, Dirk Schmidtmann ve Dr. Dirk Mittermeier konuşmaya katıldılar.

Toplantı içeriğinin ağırlık noktası, Federal Hükümetin 7. Yaşlılar Raporu tavsiyeleri ile ilgili tasarım çalışmaları: Daha önce ''Yaşlılar'' Bölümü bu konuda görüşmelere hazır olduğu sinyalini vermişti. Bremen Yaşlılar Planı'nın yeniden şekillendirilmesi konuşuldu.

(Foto: D.Mittermeier)

Bunun dışında ek olarak konuşulan konular:

Bremen Yaşlılar Temsilciliği,Yaşlıların temsilcisi olarak yeni Konsey Yasasında dikkate alınmasını ve ''kamu çıkarları taşıyıcısı'' olarak tanınması.

Yaşlılar Temsilciliği çabalarında kendisine kulak veren sadece "Sosyal" Heyet'te değil diğer heyetlerde de katılım ve konuşma hakkı istiyor örneğin, "Sağlık ve Tüketici Koruma", "İçişleri" ve "Çevre, İnşaat, Ulaştırma" gibi. Senatör Stahmann: "Yaşlılar Temsilciliği'nin,diğer heyetler için de katılımı ve söz hakkı bizim desteğimizi alır " diye belirtti.

Diğer konular, Yaşlılar Temsilciliği senelik "bütçe" sinin arttırılması, genal masraflar, giderek daha karmaşık hale gelen çalışma konularının tamamlanmasında, Yaşlılar Temsilciliği'nin görevini dikkatli algılaması için geçici görevlerde personel takviyesi.

Dr. Mittermeier, Bremen Yaşlılar Temsilciliği'nin şimdiden değiştirilmiş olan ve uygulaması gelecek sene planlanan kamusal çalışmalardaki yenilikleri açıkladı.

Bunun dışında Personel Kanunu uygulanmasında belirli sorun noktaları ele alındı.

Dr. Dirk Mittermeier

(Aktuelle Gesprächsrunde bei Senatorin Stahmann, DURCHBLICK 213, Oktober 2017, S.2)

Sosyal Heyet sakinler konseyleri daimi konferansının reddini önerdi

Bremen Yaşlılar Temsilciliği, Bremen huzur evi – ve bakım evi konseylerinde çalışan gönüllülerden gelen şikayetlerin artması üzerine geçen yılın başında huzur evi sakinleri danışma ve temsilcilerinin güçlendirilmesi konusunda bir çözüm bulunabilmesi için "Yaşlılıkta Bakım ve Yaşam" adı altında bir çalışma grubu oluşturmuştur. İlk toplantı 2.Mayıs 2016 tarihinde gerçekleşti. Bununla ilgili öneri ve gerekçeleri içeren bir bildiri hazırlandı (bakınız DURCHBLİCK 198, Temmuz 2016, s.4). Özü bakım evi sakinleri konseyi – ve temsilcilerinden oluşacak daimi bir konferansın kurulması ile ilgili.

Çalışma grubunun önerileri, Bremen Yaşlılar Temsilciliği Yönetim Kurulu tarafından onaylandı. Bunu, 04.05.16 tarihinde Sosyal İşler Senatörü'ne bilgilendirici bir yazı ve ayrıca 2016 yılı sonbaharda Mecliste'ki partilerin yetkili organları ile birkaç görüşme izledi. Sosyal Daire önce sessiz kaldı, partiler bu önerileri olumlu karşılayarak bu konuda müzakerede bulunacaklarını söylediler. Bu konuda CDU Meclis Grubu 25.10.16 tarihinde Meclis'e bir dilekçe ile başvurarak Senato'dan yeni Konut Destek Yasası çerçevesinde konsey ve temsilcilerin daimi bir konferans ile güçlendirilmesini istedi. Meclis dilekçeyi Aralık 2016 tarihinde danışmak için Sosyal Heyet'e gönderilmesine karar verdi.

1.Haziran 2017 de Sosyal Heyet bu talebi müzakere etti. Sosyal Daire, Bremen konut ve Destek Yasası düzenlemelerine Bremen Yaşlılar Temsilciliği tavsiyelerinden bazı noktaları işlediğinde, Sosyal Heyet'e, CDU teklifinin ve bilhassa Bremen Yaşlılar Temsilciliği'nin, huzur evive bakım evi sakinleri konseyi daimi konferans talebinin reddi tavsiyesinde bulundu. Heyet bu tavsiyeye uydu. Başka nedenlerin yanı sıra, konsey ve temsilciler konferansının daha fazla



kaynak harcamalarına sebebiyet vereceği ve bakım evi ve huzur evleri yasaları açısından problem olabileceğinden korkuluyor. Sosyal Daire, tekliflere karşı nedenlerini heyet toplantısından önce bunu Bremen Yaşlılar Temsilciliği ile görüşebilirdi. Bu olmadı, bunun için yarım senelik bir zaman olmasına rağmen. Tahminen, ret için nesnel sebeplerin yanında aynı zamanda partisel politik nedenler de var.

Çalışma Grubu "Yaşlılıkta Bakım ve Yaşam" çalışmaları, önerilerin Bremen Yaşlılar Temsilciliği'ne iletilmesi ile sona ermiştir, Bremen'li yaşlı vatandaşların siyaset, idare ve kamu alanındaki çıkarlarının ve bu alanda gelişmelerin dikkate alınması zorunludur. Gerçi Sosyal Heyet'in reddi ile bu tavsiyelerden henüz vaz geçilmiş değil. Çalışma grubu 15.08.17 tarihli nihai toplantısında, Yönetim Kurulu'ndan gündemdeki sorunlardan etkilenenler, yani huzur evive bakım evi sakinleri konseyleri ile Bremen Yaşlılar Temsilciliği önerilerinin tekrar tartışılması ve bunların uygulanması için yollar aranmasını önerdi. Bunun dışında Bremen Yaşlılar Temsilciliği Başkanı Dr. Andreas Weichelt, bir yazı ile(17.08.17) Meclis'teki parti gruplarından, Yaşlılar Temsilciliği' nce reddin kabul edilebilir olmadığını ve Bremen Yaşlılar Temsilciliği pozisyonunun bundan sonraki kararda dikkate alınmasını ve bir çözüm için uğraşmalarını istedi.

Daha Huzur Evi- ve Bakım Evi Katılım Yönetmeliği takib eden düzenlemeleri değil ve ancak Huzur Evi Bina Yönetmeliği'nin düzenlenmesinden sonra ele alınacağından Yönetim Kurulu bu konudaki yeni faaliyetleri için zaman ve şans kazanmış olacaktır. Gerd Feller (Sozialdeputation empfiehlt Ablehnung der Ständigen Konferenz der Bewohnerbeiräte, DURCHBLICK 213, Oktober 2017, S.4)

Bremen'de nitelikli ceset tahkikatı Öncü? Lütfen taklit etmeyin!

Bremen ilk eyalet olarak 1.Austos 2017 tarihinden itibaren nitelikli ceset tahkikatı uygulamasına geçti. Orjinal fikir onaylandı; kararın nihai uygulamasına tıbbi hukuk, polis sıralarından ve Yaşlılar Temsilciliği'nden de büyük eleştiriler geldi. Şimdi, uygulamanın etkili organların açıkça önlerindeki görevleri için de hazırlıkları olmadan gerçekleştirilmiş olduğunun tesbit edilmesi gerek.

Biz Bremen'liler "bekleme süresi" ve "tıkanıklık" kavramlarına idari ilişkiler ve trafik bildirileri bağlamında alışıktır. Ancak acısı olanlar bağlamında bu şartlara dayanılmaz! Yani uygulamanın zorlukları anlaşılabilir olabilir, ancak burada mesele dört hafta boyunca kendilerini neyin beklediğini ve nezaman devam edeceğini bilmeyen acısı olan aile fertleri ile ilgili.

Ayni şekilde dayanılmaz olan bu yasal "acele karar" ile ücretlerdeki artış. Buna ek olarak ölülerin ailelerine teslimine kadar ek bekleme süreleri ve bu sürede daha nekadar ek masrafların olacağı? Ölene veda ve cenaze ile ilgili formaliteler, hazırlıklar öngörülemez şekilde ertelenmektedir. Bu makul değildir.

Yaşlılar Temsilciliği sürecin işlemler tamamen açıklanıncaya kadar aşkıya alınmasını talep ediyor. Yakınını kaybeden geri kalanlara daha fazla masraf yüklenmemesi için talebimizde ısrarlıyız. Elke Scharff/Dr. Dirk Mittermeier

Editörün notu: bu görüş, 31.08.2017 tarihinde PM olarak da yayınlandı. (Qualifizierte Leichenschau in Bremen, DURCHBLICK 213, Oktober 2017, S. 7)



Zeynep Sümer

Senioren Vertretung Bremen

> **Bremen** eyaletindeki yaşlilar temsilciliği

Tercüme/Editör: Zeynep Sümer (Mit Unterstützung der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Referat Integration)